

# Buchbinder-Zeitung

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Ersteinst Sonntag.  
Bezugspreis vierteljährlich 1,50 RM.  
Eine Belegheftgebühr. Nur Voll-  
bezug. Die Stellung bei allen Buchhand-  
lungen. Geschäftsstelle Berlin S. 50,  
Lichtenstr. 69/1. Fernr.: Wg 101 8853.

Einzelnenpreis  
die vierteljährliche Beitzelle 50 Pf.  
für Verbandsmitglieder 30 Pf.;  
Einzelnenpreis 80 Pf.; Beizamm-  
lungsgewinn 10 Pf. Der Ein-  
zelnenpreis ist vorher zu entrichten.

Nr. 3/4.

Berlin, den 19. Januar 1919.

35. Jahrgang.

**W**er ernsthaft am Wiederaufbau unseres Staats- und Wirtschaftslebens mitarbeiten,  
er für höchste Freiheit und vollkommenste Ordnung im neuen Staatswesen eintreten,  
er gegen Bürgerkrieg und neues Blutvergießen sich bekennen,  
er die Errungenschaften unserer Revolution dauernd sichern,  
er nicht dulden will, daß weiterhin tiefgreifende Störungen unseres Wirtschaftslebens zerrüttet  
und Hunderttausende von Arbeitskräften noch lange Zeit brotlos sein sollen,  
der stimmt bei der Wahl zur Nationalversammlung für die sozialdemokratischen Listen!

## An unsere Mitglieder!

Infolge der politischen Unruhen in Berlin und der damit verbundenen Besetzung der „Vorwärts“-Buchdruckerei, die, wie bekannt, neben einer Reihe anderer Gewerkschaftszeitungen auch unsere „Buchbinder-Zeitung“ druckt, konnte Nr. 3 unserer Zeitung nicht erscheinen. Unsere Hoffnung, daß im Laufe der Vorwoche Ruhe und Ordnung wiedertreten würden, hat sich nicht erfüllt. So waren wir gezwungen — wie wir erwarten, nur vorübergehend — einen anderen Drucker zu suchen, der sich in der Verlagsanstalt des Holzarbeiter-Verbandes fand. Wir selbst bedauern das Ausfallen gerade dieser Nummer unserer Zeitung sehr, da, wie sich weiter unten ergibt, besonders wichtige Vorkommnisse in unserm Beruf und im übrigen Gewerkschaftsleben zu erwähnen und auch notwendige Hinweise auf die Wahlen zur Nationalversammlung zu geben waren. Doch die Verhältnisse sind wieder einmal stärker als wir Menschen gewesen, und wir müssen uns mit den gegebenen Tatsachen abzufinden suchen, so bedauerlich diese an sich auch sind. Die baldige Rückkehr geordneter Zustände in der Reichshauptstadt ist ein zwingendes Erfordernis, sie wird von der über großen Mehrheit der Bevölkerung dringend verlangt.

Die Schriftleitung.

## Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. In Leipzig ist ein paritätischer Arbeitsnachweis gemeinsam mit dem Verband deutscher Buchbindererbeführer errichtet und als Leiter desselben der Kollege Hugo Bergmann (Leipzig) von uns erwählt worden.

2. Die Geschäfte des Ganes 14/15 hat der Bezirksleiter, Kollege Hans Dürr, wieder übernommen. Alle diesbezüglichen Zuschriften sind zu richten an Hans Dürr, Lohr i. B., Bismarckstraße 21.

3. In Troßingen (Württemberg) ist eine neue Zahlstelle des Verbandes gegründet worden. Unterstützung wird dort einstweilen nicht ausgezahlt.

4. Für die Rückforderung der Bücher oder Karten der vom Militär entlassenen Mitglieder

ersuchen wir ausnahmslos die braunen Postkarten oder Zettel benutzen zu wollen, da dieselben zugleich statistischen Zwecken dienen.

5. Die vom Militär entlassenen Mitglieder treten wieder in ihre alten Rechte ein, wenn sie bei ihrer Einberufung zum Militär ordnungsgemäß abgemeldet sind und sich innerhalb 14 Tagen nach der Entlassung wieder anmelden.

Im Falle des Unterstützungsbezuges gilt als erster Tag der Arbeitslosigkeit oder Krankheit der Tag der Anmeldung unter der Voraussetzung, daß Beitragsreste über vier Wochen nicht vorhanden sind. Wenn ein Kollege nach der Entlassung in Arbeit tritt, die Anmeldung aber erst später vollzieht, gilt die dazwischenliegende Zeit als beitragspflichtig.

6. Mehr denn je ist es gegenwärtig notwendig, daß alle Mitglieder ihrer Beitragspflicht in vollem Umfange nachkommen. Wer über die statutarisch zulässige Zeit hinaus mit seinen Beiträgen im Rückstande ist, hat gegebenenfalls keinen Anspruch auf Unterstützung.

7. Die Abrechnungen für das 4. Quartal ersuchen wir sofort an uns einzusenden. Die vom Militär zurückgemeldeten Mitglieder sind auf Seite 3 des Abrechnungsformulars beziehungsweise auf Beilage B, gleich wie die neu eingetretenen und zugereisten Mitglieder, zu vermerken.

8. Die örtlichen Funktionäre bitten wir dringend, das vorstehend Gesagte nachdrücklichst beachten zu wollen und die Mitglieder auf die ihnen zustehenden Rechte und Pflichten hinzuweisen, damit eine möglichst glatte Abwicklung der Organisationsarbeit erfolgen kann.

Der Verbandsvorstand.

Mit dem Erscheinen dieser Nummer ist der 4. Wochenbeitrag fällig. Nach § 7, Abs. 1 des Statuts ist der Beitrag nicht nachträglich, sondern im Voraus zu entrichten.

Von der pünktlichen Beitragszahlung hängt ebensoviel die geregelte Tätigkeit der Organisation als auch das Recht des Mitglieds auf Unterstützung im Bedarfsfalle ab. Jedes Mitglied erfüllt daher eine Pflicht gegen den Verband und nützt sich selbst, wenn es seine Beiträge regelmäßig und pünktlich zahlt.

## Die Gewerkschaften im politischen Streik.

Diese Abhandlung kommt für einen Teil unserer Mitglieder aus den an der Spitze dieser Nummer angelegenen Gründen erst so spät in dessen Hände, daß er die Nutzenwendung aus ihr für die am 19. Januar stattfindenden Wahlen zur Nationalversammlung nicht mehr zu ziehen vermag. Das ist um so mehr zu bedauern, als zu den genannten Wahlen eine nachhaltige Aufklärung in Wort und Schrift infolge der politischen Unruhen nicht in dem gewünschten und notwendigen Maße möglich war. Da jedoch diese politischen Zustände sich fast allerorts in ähnlicher Weise ausgeprägt haben wie in Berlin, so werden unsere Gewerkschaftsmitglieder und ihre wahlberechtigten Angehörigen, die sich zweifellos für Ruhe und Ordnung im Staatswesen erklären werden, auch ohnedem wissen, daß sie ihre Stimme nur der Trägerin der Revolution, der Sozialdemokratie, geben können, die das selbstverständliche Recht der Arbeiter und Arbeiterinnen, ihre Arbeitskraft auch weiterhin im eigenen Interesse in der altbewährtesten Weise zu organisieren, sicherstellt.

Unsere Reichshauptstadt steht im Zeichen des Krieges; sie ist ein großes Tollhaus geworden, in dem nervenaufreizende Zustände alle Gemüter in Aufregung halten. Die persönliche Sicherheit ist so gut wie aufgehoben, Recht und Gesetz nahezu unbekannte Begriffe geworden. Ein gegenseitiges Zerfleischen durch Wort, Schrift und Tat ist das Merkmal der jetzigen Lage. Obwohl jedermann dieses Treiben bis auf den Grund seiner Seele verabscheut, obwohl alle Welt nach Frieden und Ruhe, nach geordneten Zuständen, nach Arbeit und Brot geradezu hungert, wird der Gipfel des Wahnsinns erklommen lediglich durch die mangelnde Einigkeit über Weg und Tempo zur Sicherung der Errungenschaften der Revolution. Der Höhepunkt wurde erreicht durch die Beseitigung der Pressefreiheit, dieses höchsten Gutes eines freien Staates, durch eine kleine Minderheit, deren Führer durch Entschlossenheit im Handeln die geringe Zahl ihrer Anhänger auszugleichen suchten. Diese Ausschaltung der Pressefreiheit durch die Beseitigung der größten Berliner Zeitungsbetriebe und anderer Druckereien hat viele Tausende von Angehörigen der graphischen Berufe in den Strudel der Ereignisse hineingezogen, sehr gegen deren Willen. In einer Vespersion der gewerkschaftlichen Leitungen der graphischen Gewerbe wurde die Zahl der Beteiligten mit

vierzigtausend

als nicht zu hoch geschätzt angesehen. Man bedenke, welches Maß von mangelndem Verantwortungsgefühl dazu gehört, zu den jetzigen Riesengiganten

Der Arbeitslosen noch eine weitere so große Zahl mit Gewalt aus ihren Arbeitsstätten herauszureißen, mit Einschluß der Familienangehörigen Hunderttausende dem Hunger zu überantworten. Und das nur zu dem Zweck, eine auf hoffnungslose Minderheit basierende verlorene Position gewaltsam durchzusetzen. War eine derartige Gewissenlosigkeit je erhört in unserem Arbeiterleben?

Auch von unseren Mitgliedern ist eine große Anzahl gezwungen worden zum Feiern veranlaßt worden. Bei Woffe kamen in die 30 in Betracht, bei Bügenstein ebensowiel, im „Vorwärts“ waren es 50, bei Scherl an 80, bei Woffe über 200 und in der Reichsdruckerei gegen 1300. Rund

**hundertsechshundert unserer Verbandsmittglieder**

wurden in ihrer Arbeitsleistung gegen ihren Willen verhindert. Allerdings, was will das nach Ansicht der Spartakusleute belegen, die in der letzten Zeit planmäßig gewaltige Arbeitseinstellungen über die Köpfe der zuständigen Organisationen hinweg veranstalteten, unbekümmert um die Folgen, die derartige Unterbrechungen der Arbeit für unser zerrüttetes Wirtschaftsleben in der gegenwärtigen Zeit haben müßten.

Diese gefährliche Taktik des Spartakusbundes kennzeichnete der Unabhängige Kautsky sehr treffend mit diesen Sätzen: „Die soziale Weiterführung der Revolution stellt sich der Bund . . . in der Weise vor, daß . . . sofort und planlos die Arbeiter ununterbrochen durch feste Streiks und das Aufstellen einer unerschütterlichen Forderungen in allen Produktionszweigen gleichzeitig jegliche Produktion unmöglich machen. Die Steigerung des Notstandes muß nach Ansicht der Spartakusleute die revolutionäre Temperatur bis zur Siedehöhe steigern. Wie aus diesem siedenden Hergentel die gesellschaftliche Ordnung hervorgehen soll, ist bis zur Zeit Geheimnis des Spartakusbundes geblieben. Auf jeden Fall ist seinen Mitgliedern noch nicht die Erkenntnis aufgeblüht, daß nach der Revolution der Streik eine ganz andere Wirkung hat als vor der Revolution. Bei alledem sind sie sich dessen wohl bewußt, daß ihre Reichtheden beständiger ökonomischer Unruhen es unmöglich machen, den Volksmassen Nahrung, Kleidung, Wohnung zu schaffen, indes gleichzeitig in den Staaten des Westens, in Frankreich, England, Amerika, die Produktion wieder in die alten Bahnen einlenkt. Damit entsteht die Gefahr, daß die Arbeiter im sozialistischen Deutschland schlechter ernährt und gekleidet sind als in kapitalistischen Staaten.“ Soweit Kautsky, er doch die diktatorischen Machtgüste des Spartakusbundes richtig durchschauen muß, da er noch bis vor kurzem mit diesem eng verbunden war.

Nun glaube man aber nicht, daß alle vom Spartakusbund eingeleiteten Arbeitseinstellungen auch immer von der inneren Zustimmung der beteiligten Arbeiter und Arbeiterinnen begleitet seien. Auch hierbei spielt die rohe Gewalt eine gewichtige Rolle mit, wie bei allen Handlungen, die von jener Seite vollführt werden; von Recht und Rechtfertigung keine Spur. Da braucht es uns auch nicht zu wundern, daß sich der Bund den schamlosen Standpunkt zu eigen macht, mit den Gewerkschaften nicht zu verhandeln, sondern nur mit den Arbeitern selber, wie es in Berlin geschehen ist. Es zeigt sich auch hier wieder, wie sich die Extrema berühren und die Herrschaften von ganz links die Arbeiten derer von ganz rechts und umgekehrt ausführen.

Diese Abneigung gegen die Gewerkschaften ist nicht erst in den jüngsten Tagen unter dem Eindruck der gegebenen Situation entstanden, sondern sie fußt auf den Beratungen, die Ende Dezember in Berlin auf der Reichskonferenz des Spartakusbundes geführt wurden. Dort hat man unsere Gewerkschaften, die es erst mit ermöglicht haben, daß die Arbeiter heute eine Machtstellung in Deutschland einnehmen, um die sie von der Arbeiterschaft anderer Länder beneidet werden, in Grund und Boden verdammt. Rosa Luxemburg vertiefte sich dabei zu der von Sachkenntnis nicht angezeigten Behauptung, daß unsere Gewerkschaften ein Hindernis für den freien Kampf der Arbeiter darstellten. Wer von unserer Gewerkschaftsbewegung so wenig Ahnung hat wie diese Führerin des Spartakusbundes, ist ja wohl auch berufen, solche Urteile zu fällen. Daß sie weiter festhielt, daß Deutschland das einzige Land sei, in dem während des Krieges keine wirtschaftlichen

Kämpfe stattgefunden hätten, paßt in diesen Rahmen. Unsere Mitglieder wissen es besser, in welcher Weise unsere Verbände für ihre Vetterstellung gerade während der Kriegszeit eingetreten sind. Rosa Luxemburg war auch gnädig genug, zuzugestehen, daß unsere Organisationen nicht sofort aufgelöst werden können. Und blutige Ironie des Schicksals ist es, wenn nach einem Referat eines in einer freien Organisation Angestellten (Lange vom Handlungsgehilfen-Verein) Anträge eingebracht werden, von denen der eine eine Ausstreitspropaganda aus den Gewerkschaften aufs nachdrücklichste empfiehlt und die Mitglieder des Spartakusbundes verpflichtet, diesen Austritt sofort zu vollziehen, und just zur selben Zeit ungezählte Tausende diesen Gewerkschaften beizutreten, während der andere Antrag die Bildung revolutionärer, stiller und begrenzter Arbeiterorganisationen verlangt und die Zugehörigkeit zu den freien Verbänden ebenfalls als unvereinbar mit den Zielen und Aufgaben des Spartakusbundes hinstellt und der Referent selbst neben einem komplizierten und umfangreichen Räteystem die Bildung von zentralen Streikkommissionen befürwortete. Es ist und bleibt immer ein Lufzug, wenn einzelne Arbeiter- und Soldatenräte oder sonstige verwickelte Räteeinrichtungen selbstherrlich auch über Dinge verfügen wollen, in denen berufeneren Körperchaften mehr Sachkunde entwickeln können als diese, wie es eben z. B. bei gewerkschaftlichen Fragen der Fall ist. Niemand kann es aushalten, daß z. B. in so großen Gewerkschaftszentren wie Stuttgart und Hamburg Beschlüsse gefaßt werden, nach denen bis bestehenden Arbeiter- und Soldatenräte den Gewerkschaften übergeordnet seien. Wenn man einer proletarischen Klassenkampforganisation wie den Gewerkschaften eine Kontrollinstanz aufpropft, dann müßte das gleiche mit anderen, z. B. den Arbeiter- und Soldatenräten, auch geschehen.

Solche Dinge sind Erscheinungen, die alle einen mehr oder weniger großen spartakistischen Einschlag haben und schon aus diesem Grunde mit dem notwendigen Hinweis auf die Selbständigkeit und Selbstverwaltung der Gewerkschaften scharf zurückgewiesen werden müssen. Deshalb erfüllt uns auch die Befürchtung des Staatssekretärs im Reichsinnenministerium, des unabhängigen Wurm, mit besonderer Genugtuung, der an alle der Aufsicht des Reichsinnenministeriums unterstellten Betriebe die Anweisung ergab, Vereinbarungen über die Arbeitsbedingungen nicht mit den Arbeiterräten, sondern mit den Gewerkschaften zu treffen. Auch die Unabhängigen erkennen damit an, daß auf dem Gebiet der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen die Gewerkschaften die allein zuständigen Instanz sind. Dabei kann nach dem oben erinnert werden, daß aus Anlaß des Abschlusses des Vertrages zwischen den Zentralen der Arbeiterbewegung und der Unternehmenszentralen das Berliner Organ der Unabhängigen geschrieben hat, jeder ehrliche Freund der Arbeiterbewegung müsse sich über die großen Erfolge freuen, welche die Gewerkschaften errungen hätten. Hingegen erklärte das Berliner Spartakusblatt, die Unternehmer hätten die Unterfütterung der Soldaten gut aufgeben können, nachdem die freien Gewerkschaften die Rolle der Soldaten, den Schutz des Kapitals, übernommen hätten. Also auch hier eine grundsätzliche Übereinstimmung der Unabhängigen mit uns und deren prinzipieller Gegensatz zum Spartakusbund.

Mit seiner Bekämpfung der Gewerkschaften bleibt der Spartakusbund nicht nur in der Theorie stehen, er versucht sich auch in der Praxis. So wurde aus Oberhausen die Gründung einer „Freien Vereinigung aller Berufs-Deutschlands“ berichtet. Von deren Section der Straßenbahner z. B. heißt es, daß sich alle Straßenbahner anschließen müßten, und daß sie gegen ungen werden, aus ihren selbsterregten Gewerkschaften auszutreten. Auch eines unserer Mitglieder kam dabei mit in Frage. Es macht es der Spartakusbund überall, wo er auftritt. Verlangen seine aufschwachen Füßen stehenden Ueberredungskünste nicht, dann wendet er rohe Gewalt an, um sein Ziel zu erreichen. Beweist man denn die Wichtigkeit seiner Ideen, daß man seinem Gegner den Schödel einschlägt? Oder ist das nicht vielmehr ein Zeichen dafür, auf welche schlechten Unter-

lagen diese aufgebaut sind? Im Rede- und Antwortspiel soll man für seine Ueberzeugung eintreten und nicht mit dem Revolver in der Faust, der uns das denkbar schlechteste Argument zu sein scheint.

Und ebenso fahndschelnig wie die Beweislast der Gründe für die Notwendigkeit des Spartakusbundes sind seine Einwendungen gegenüber unseren Gewerkschaften, die angeblich nicht revolutionär genug sein sollen. So, haben denn unsere Organisationen, die sich aus den Verhältnissen heraus entwickelt haben, deren Notwendigkeit sich in den vergangenen Zeiten millionenfach erwiesen hat, haben sie nicht durch ein Menschenalter hindurch gearbeitet, das Fundament zur politischen und wirtschaftlichen Umwälzung mit vorzubereiten? Nicht durch vollständige Thralendrescherei ist das geschehen, wohl aber durch die intensivste, die ins kleinste gehende praktische Arbeit von Haus zu Haus und in der Werkstatt, durch nimmermüde Agitation und Aufklärung, die keine andere Einrichtung ihr nachzuahmen imstande ist. Sind unsere Gewerkschaften deshalb von der Gesetzgebung vergangener Tage so oft mit Verdrößerungsverlust bedacht worden, hatten die Unternehmer deshalb alle Gewalten des Staates zu ihrer Bekämpfung und Niederknüppelung aufgeboden, weil sie zu zahme Gebilde waren? Lag nicht vielmehr aller Haß der Machthaber früherer Zeiten auf ihnen, weil sie ihrer Zweckbestimmung getreu das menschenmögliche für die ihnen angeschlossenen Mitglieder den gewerblichen Unternehmungen abstrahen und im unzähligen harten Lohnkämpfen dem Arbeiter zu seinem Recht verhalfen?

Unsere Gewerkschaften hatten den Zweck mit und haben ihn noch, auf wirtschaftlichem Gebiet immer nur das Beste zu fördern im Interesse ihrer Mitglieder. Und deshalb wird es auch solange Gewerkschaften, Organisationen der Arbeitskräfte, geben müssen, solange es Arbeiter gibt. Allerdings kann in politischem und wirtschaftlichem Rudelwuhdel kein vernunftgemäßes Arbeiten sein. Deshalb treten auch die Gewerkschaften dafür ein, daß zunächst sichergestellt wird, was uns die Revolution gebracht hat. Nicht durch brutale und rohe Gewalt und Unterdrückung kommen wir zu der so notwendigen Ordnung in unserem Staatswesen, sondern nur durch eingeschränkte Freiheit und gleiches Recht für jedermann. Gewalt und Unrecht haben nichts mit dem sozialistischen Geist zu tun, der uns als erstrebenswertes Ziel, die wir uns zur Arbeiterklasse bekennen. Und welche Umschwenkungen praktischer Arbeit hätte geleistet werden können in den letzten Tagen der größten politischen Werten!

Die Gewerkschaften haben sich im großen und ganzen frei gehalten von diesen Gegenfäden. Das scheint uns gut zu sein. Richtig ist, daß von außen für sie nichts mehr zu befürchten ist, nachdem die Revolution die Inhaber der alten Gewalten hinweggefegt hat. Aber eine Einmischung in den politischen Meinungsstreit bedeutet nichts anderes, als den Bruchvertrag auch in unsere Gewerkschaften hineintragen. Ihre künftigen Aufgaben jedoch können die Organisationen nur erfüllen, wenn ihre Mitglieder so einsig und geschlossen den wirtschaftlichen Unternehmungen gegenüberstehen, wie dies bisher der Fall war. Deshalb lehnen wir es ab, den Zwist in unsere Gewerkschaften hineintragen zu lassen, und müssen uns darauf beschränken, uns gegen alle Angriffe zur Wehr zu setzen, die gegen uns durch unverantwortliche Personen und Parteileitungen unternommen werden. Hoffentlich taqt es auch auf politischem Gebiet bald und bringt auch dort die so dringend notwendige Einmütigkeit im Handeln. Die Arbeiterschaft in ihrer Gesamtheit verlangt danach!

**Unsere Kollegenschaft und die Trennungszulagen im Buchdruckgewerbe.**

Das Reichsamt für wirtschaftliche Demobilisierung veröffentlicht im „Korrespondent“ für Deutschlands Buchdrucker eine Anordnung betr. Abzüge im Buchdruckgewerbe, die durch diese amtliche Publikation Gesehraft erhalten hat. Hiernach erhalten die in den Buchdruckereien tätigen Buchdrucker, Maschinenführer und Hilfsarbeiter neue Zeugungszulagen, deren Höhe sich nach der Größe und Bedeutung der einzelnen Druckorte richtet, wie sie im § 12 des



deutschen Buchdruckerarbeits festgelegt sind. Die in Wochenlohn Arbeitenden erhalten eine neue Teuerungszulage von 10 bis 14 M. pro Woche, in Berlin Löhne von 20 M. pro Woche. Für Maschinenleger beträgt die Zulage unter den gleichen Verhältnissen 12,50 M. bis 17,50 M., für Berlin 25 M. Für selbe Gruppen tritt für Berlin noch eine einmalige Weihnachtzulage von 20 M. hinzu. Den Rechnern (Klfordarbeitern) wird ein Zuschlag von 10 Prozent auf die Grundpositionen für den Ausfall bei Einführung der achtstündigen Arbeitszeit und ein Zuschlag von 40 Prozent entsprechend den erhöhten Wochenlöhnen der übrigen Setzer und Drucker zugefanden. Männliche Hilfsarbeiter sollen erhalten 7 M. bis 10 M. pro Woche, in Berlin 15 M., weibliche 5 M. bis 7 M., in Berlin 10 M. Diese Teuerungszulagen treten am 1. Januar in Kraft, sie gelten bis zum 1. April mit der Maßgabe, daß der Buchdrucker vor Ablauf dieser Frist über Aufhebung oder Herabsetzung dieser Zulagen zu beschließen hat, und zwar unter Berücksichtigung der Lebensbedingungen gegenüber der Zeit des Inkrafttretens dieser Verordnung. Bei event. Uebereinstimmung der Gehilfen gilt als Stundenlohn der Betrag, der sich aus der Division des Gesamtwochenverdienstes (Grundlohn und Teuerungszulage) mit 48 ergibt. Infolge dieser Erhöhung der Arbeitslöhne erfolgt auch eine weitere Erhöhung der Preise für Buchdruckerarbeiten, und zwar sollen die Friedenspreise des deutschen Buchdruckpreistarifs ab 1. Januar um weitere 40 Prozent, in Berlin um weitere 60 Prozent erhöht werden.

Ueber das Zustandekommen der vorstehend kurz skizzierten Vereinbarung gibt der „Korrespondent“ einige interessante Aufschlüsse, die da zeigen, wie die von einigen Unternehmern geplante Obstruktion vorbeigelungen ist. Zwischen den Vorständen der beiderseitigen Organisationen war eine Uebereinstimmung dahin erzielt worden, daß am 13. Dezember in Leipzig über eine anderweitige Regelung der Entlohnung verhandelt werden sollte. Diese Verhandlungen kamen nicht zustande, angeblich deshalb nicht, weil es infolge der Reiseerschwernisse den Unternehmervertretern nicht möglich sein sollte, nach Leipzig zu kommen. Ein Vorschlag der Unternehmer, die Verhandlungen bis Anfang Januar zu vertagen, fand nicht die Zustimmung der Gehilfenvertreter, da nach deren Ansicht die Verkehrsschwierigkeiten nicht so groß seien, um die für das Personal der Druckereien so wichtige Angelegenheit auf längere Zeit zu verschieben. Am 16. Dezember fand dann eine Sitzung des Buchdruckerats statt, der über die Anträge beschließen sollte. Dieser Buchdruckerat ist eine vom Tarifamt eingeleitete Arbeitsgemeinschaft aus Unternehmern, Gehilfen und Hilfsarbeitern und Mitgliedern des Tarifamts zusammengesetzt ist. Auch zu dieser Sitzung waren drei der Unternehmervertreter nicht erschienen. Die anwesenden Unternehmervertreter erklärten den Buchdruckerat nicht für zuständig, sie verlangten den Zutritt zum Tarifamt. Diesem Verlangen wurde stattgegeben, aber auch in dieser Tarifamtssitzung fehlte wiederum ein großer Teil der Unternehmervertreter, so daß sie — offenbar mit Absicht herbeigeführt — beschlußfähig blieb. Der Hauptvorstand des Deutschen Buchdruckervereins protestierte außerdem gegen die angeblich nicht ordnungsmäßig einberufene Sitzung, und erklärte die dort zu fassenden Beschlüsse als ungültig und rechtswirksam. Wegen einer solchen Obstruktion erhoben die Gehilfenvertreter schärfsten Protest. Sie erklärten zugleich, daß sie sofort die Hilfe der Reichsbehörden in Anspruch nehmen würden. Die anwesenden Unternehmervertreter aber erklärten sich im Laufe der Verhandlungen damit einverstanden, daß über die vorliegenden Anträge beraten und beschloffen werden müsse, daß dem Protest des Hauptvorstandes des Deutschen Buchdruckervereins nicht Rechnung getragen werden könne, und daß für die bei nicht ordnungsmäßiger Besetzung des Tarifamtsschusses zustande gekommenen Beschlüsse die Zustimmung des Demobilisationsrats eingeholt und so den Beschlüssen Gesetzeskraft gegeben werden solle. Nachdem dann eine Einigung über die Forderungen erzielt worden war, fand im direkten Anschluß hieran unter

dem Vorsitz des Staatssekretärs Roeth eine Sitzung statt, in der zu dessen Orientierung beide Parteien nochmals ihren Standpunkt klarlegten. Das Ergebnis der Verhandlung ist die oben bezeichnete, vom Demobilisationsrat mit angeordnete Vereinbarung, durch die den in den Druckereien tätigen Gehilfen und Hilfsarbeitern das im großen und ganzen wird, was sie forderten.

Und was wird aus uns?

Das ist jetzt die Frage, die uns aus Dugenden von aufgeregten Zuschritten unserer Verwaltungen und einzelner Mitglieder an unsern Verbandsvorstand entgegenhält. Die nackte Tatsache ist die, daß der größte Teil unserer Mitglieder, die in den gleichen Betrieben arbeiten, vollständig leer ausgeht, da in den Vereinbarungen ausdrücklich nur von Buchdruckern, Maschinenlegern, Hilfsarbeitern und Arbeiterinnen die Rede ist. Wir verkennen nicht die schwierige Lage, in die unsere beteiligten Mitglieder durch die Nichtinbeziehung in die Vereinbarungen gekommen sind, und die große Benachteiligung, in die sie sich — mit allem Recht — versetzt fühlen. Wir verkennen aber auch durchaus nicht, daß der Buchdrucker- und Hilfsarbeiter-Verband, die beteiligten Organisationen der Arbeitnehmer, naturgemäß nur für die von ihnen vertretenen Arbeitergruppen abschließen konnten. Aber soviel steht doch fest, daß beiden Organisationen bekannt ist, daß in den Buchdruckerbetrieben eine große Anzahl von Buchbindern und Buchbinderarbeiterinnen beschäftigt werden, die bei der heutigen Wirtschaftslage eine weitestmögliche Aufbesserung ihrer Arbeitslöhne mindestens ebenso dringend notwendig haben wie die von ihnen vertretenen Arbeitergruppen. Und deshalb müssen wir die Frage stellen: Wäre es nicht Christenpflicht gewesen, zum mindesten unsern Verbandsvorstand davon in Kenntnis zu setzen, daß eine Aktion zur Erhöhung der Teuerungszulagen eingeleitet werden soll? Eine solche Benachrichtigung wäre um so angebrachter gewesen, als erst noch im Dezember vorigen Jahres die Vorstände der graphischen Verbände in einer unverbündlichen Aussprache die Notwendigkeit besserer gegenseitiger Verständigung anerkannt hatten, zu einer Zeit also, in der — wie obiger Bericht ausweist — die Aktion der Buchdrucker und Buchdruckerhelfer eingeleitet war oder doch bevorstand. Es berührt uns eigenartig, daß trotz dieser Zusicherung eine Benachrichtigung nicht erfolgte, unser Verband aber die Absichten in Unkenntnis gelassen und so das Schauspiel ermöglicht wurde, daß jetzt durch unsern Verband ein besonderes Vorgehen mit dem gleichen Endziel notwendig wird. Das war kein Nebenstück, Octavio! Gewiß kann man uns auf den „Korrespondent“ für Deutschlands Buchdrucker verweisen, der in seinem Bericht über die vom 2. bis 4. Dezember stattgefundenen Gausortsektionen des Buchdrucker-Verbandes bereits angedeutet habe, daß Maßnahmen wegen einer Erhöhung der Teuerungszulage eingeleitet werden. In der Nummer 141 vom 7. Dezember steht nämlich zu lesen:

„Gelingt es nicht, eine Verbilligung des unerträglich verkeuerten Lebensunterhalts herbeizuführen oder steigt die Verteuerung noch weiter an, dann wird eine Erhöhung der Löhne bzw. Teuerungszulagen unabwendbar. Die Konferenz beauftragt den Verbandsvorstand, zu gegebener Zeit die vorbereitenden Maßnahmen zu treffen.“

Aus diesem Wortlaut konnte von Außenstehenden unmöglich geschlossen werden, daß vom Vorstand des Buchdrucker-Verbandes die Aktion zur Erhöhung der Teuerungszulagen sozulagen postwendend eingeleitet werden würde, so daß schon — nach obigem Bericht — wenige Tage später, am 13. Dezember, die erste gemeinsame Sitzung der Buchdrucker-Verbandsvertreter mit den Unternehmervertretern in Leipzig stattfinden sollte. Die im einleitenden Satz festgelegte Zeitbestimmung mußte auf einen späteren Termin hinweisen. So liegen die Dinge jetzt, daß wie der weiteren Öffentlichkeit so auch unserm Verbandsvorstand erst durch die Publikation im „Korrespondent“ Kenntnis davon wurde, was geschehen war. Er wurde damit vor vollendete Tatsachen gestellt, und es bleibt ihm jetzt nur übrig, nachzuholen, was ohne sein Verschulden veräußert wurde. Erschwerend in ge-

wissem Sinne kommt hinzu, daß es der Hauptvorstand des Deutschen Buchdruckervereins seither immer abgelehnt hat, mit unserm Verband direkte Abmachungen auf tariflicher Grundlage zu treffen, und nur einige Ortsvereine waren dazu bereit. Wir wiederholen deshalb in aller Öffentlichkeit unsere Forderung auf eine bessere Verständigung der graphischen Verbände in allen Fragen, bei denen diese Organisationen so eng liiert sind wie in der vorliegenden.

Was nun werden wird resp. werden soll, ergibt sich aus nachstehendem Schreiben unseres Verbandsvorstandes an den Verband deutscher Buchbinderbesitzer, das diesem am 10. Januar zugestellt wurde, und in dem es heißt:

„Bezugnehmend auf unseren früheren bezüglichen Briefwechsel beantragen wir, die gemeinsame Sitzung am 22. Januar einzuberufen. Als Tagesordnung schlagen wir vor:

1. Endgültige Regelung der regelmäßigen Arbeitszeit.
2. Neue Teuerungszulagen; Erhöhung der Minimallohne und Klärung über die Berechnung der Ueberzeitarbeitszuschläge.
3. Entschädigung der Arbeiter bei Arbeitsgefahr.

Der erste Punkt der Tagesordnung entspricht Ihrem gleichen Antrag. Zum 2. Punkt stellen wir den Antrag, die bisherigen Teuerungszulagen für Gehilfen um 20 M. und für Arbeiterinnen um 10 M. wesentlich zu erhöhen und die Affordpreise um 25 Prozent; ferner für die Erhöhung der Minimallohne — also auch der Einstellungslohne — die Berliner Vereinbarungen mit dem Verband deutscher Buchbinderbesitzer bzw. dem Verein Berliner Buchdruckerbesitzer zugrunde zu legen; bei Berechnung der Ueberzeitarbeitszuschläge den Gesamtverdienst (Grundlohn und Teuerungszulage) durch die Stundenzahl der regelmäßigen Arbeitszeit zu dividieren. Zum Punkt 3 behalten wir uns geeignete Vorschläge vor. . . .

Unsere Mitglieder mögen aus diesem ersehen, daß unsere Verbandsleitung nicht untätig ist, daß sie sich vielmehr bemüht, den berechtigten Forderungen Geltung zu verschaffen und den Grund der recht begründlichen Aufregung zu beseitigen.

Aus unserem Beruf.

Der Zentralverband deutscher Kartonnagenfabrikanten fordert seine Mitglieder auf, alle Anträge auf Streichung von Aufträgen zurückzuweisen, da auch die Kartonnagenfabrikanten alle Anstrengungen machen müssen, die Betriebe der Branche soweit wie irgend möglich aufrechtzuerhalten, um den an sie gestellten Forderungen des Vaterlandes gerecht werden zu können. Der Vorstand des genannten Verbandes betont, daß ihm nach wie vor die gesetzlichen Bestimmungen des Handelsgesetzbuches § 373 und folgende zur Seite stehen.

Ueber die Lage in der Zugsapapierindustrie macht der Verband deutscher Zugsapapierfabrikanten die nachstehenden Angaben: Die lange Dauer des Krieges und der dadurch herbeigeführte Rohstoffmangel machen es ungemein schwierig, gute Kartons und Papiere herzustellen. Die Zugsapapierfabrikation (Postkarten, Oldwunschkarten, Trauerkarten und Papierausstattung) leidet besonders schwer darunter. Die früher zur Fabrikation verwendeten guten Kartons und Papiere fehlen ganz, man muß sich mit sogenannter Kartonsware begnügen. Die Rundbahn vertritt die irrige Anschauung, der Fabrikant könnte besseres Fabrikat liefern; der Karton, das Papier, die er zur Fabrikation verwendet, könnten besser sein. Die Abnehmer müssen sich in Geduld fassen und mit der Ware, die der Fabrikant bringt, vorlieb nehmen. Kommt das deutsche Wirtschaftleben wieder in geordnete Bahnen, dann wird auch bald bessere Ware erzeugt werden. Auch die Preise werden kaum so schnell wieder sinken. Im Hinblick auf die Weltwirtschaftslage hat man mit Erhöhung der Herstellungskosten, nirgends aber mit einer Verbilligung zu rechnen.

Die politische Umwälzung hat das Bestehen des Deutschen Fachschulvereins der Buchbinder in Frage gestellt. Die Schulräume sollten als Unterrichtsraum für Soldaten freigegeben werden. Eine Uebernahme kommende Verfügung hatte verlangt, daß die Fachschulzweigen benutzten Schulzimmer in wo-

nigen Stunden geräumt und verlassen werden. Dem Einspruch des Leiters der Fachschule gelang es, die Veranstalter der Verfügung zu bewegen, diese zurückziehen, so daß der Unterricht weitergeführt werden konnte.

**Die Erlaubnis zum Handel mit Papier, Karton und Pappe** war bisher an eine besondere Zulassung durch das Reichswirtschaftsamt geknüpft. Die Zulassung ist jetzt aufgehoben worden, so daß der Handel wieder frei ist.

**Rundschau.**

× **Die Lebensmittelzufuhren stoßen!** Die Regierung hat wiederholt in Bekanntmachungen dem deutschen Volk, insbesondere den Arbeitern, die eindringliche Mahnung zugerufen, daß nur Arbeit sie vor Hungersnot und dem Untergang retten könne. Nur durch eisernen Fleiß werden wir die Werte schaffen, mit denen wir die dringend benötigten Nahrungsmittel und Rohstoffe bezahlen können.

Wie berechtigt diese Mahnung ist, geht aus einer Mitteilung des Reichsernährungsamts hervor, wonach die Lebensmittelzufuhren aus dem neutralen Ausland bereits stöcken, zum Teil aber schon ganz eingestellt worden sind. Es stehen große Mengen an Gemüse und Früchten für das deutsche Volk bereit, sobald als Gegenleistung die zugesagten Kohlen den betreffenden Staaten zugeführt werden. Bis jetzt war dies nicht möglich, weil unsere Zahlungsmittel, die Kohlen, infolge der Arbeitseinstellungen der Bergarbeiter den betreffenden Staaten nicht mehr geliefert werden können. Soll nicht weiteres grenzenloses Elend über uns kommen, so gebietet die Selbsterhaltung, daß die Kohlenförderung sofort in altem Umfang wieder aufgenommen wird. Ohne Kohlen gibt es kein Brot, keine Lebensmittel, der weitere Bestand des deutschen Volkes, der deutschen Industrie ist in Frage gestellt und damit auch die Lebenshaltung und das Wohl der deutschen Arbeiterschaft.

× **Warum streiken die Bergarbeiter?** Diese Frage beantwortet die „Bergarbeiter-Zeitung“ wie folgt: Nur ein verhältnismäßig kleiner Teil der Bergarbeiter hat sich bisher an den wilden Streiks beteiligt oder dazu aufgefordert. Und selbst von diesem Teil haben sich die meisten lediglich gefügt, weil sie nicht unsozialistisch handeln wollten oder sich dem geübten Zwang nicht entziehen konnten. Mindestens 95 Prozent der Bergarbeiter sind vertragstreu, das heißt, sie fühlen sich an die Vereinbarungen zwischen den Bergarbeiter- und Werksbesitzerorganisationen gebunden. Trotzdem fragen alle Schichten der Bevölkerung, welche durch den Kohlenmangel in Mitleidenhaft gezogen sind, ganz allgemein: Warum streiken die Bergarbeiter? Alle Bergarbeiter werden danach für die wilden Streiks und ihre Folgen

verantwortlich gemacht. Demgegenüber sei darauf hingewiesen, daß selbst die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ vom 1. Januar 1919 schreibt:

„Der größte Teil der Bergarbeiter verurteilt die augenblickliche Streikbewegung und würde gern die Arbeit aufnehmen; die Befürchtung aber, durch die Anhänger des Spartakusbundes mit Gewalt von der Arbeit abgehalten und womöglich in der persönlichen Eicherheit gefährdet zu werden, hält einen großen Teil der ordnungsliebenden und vernünftigen Bergarbeiter von der Einfahrt ab.“

Alle gewerkschaftlich und politisch gesuchten Bergarbeiter erblicken in den jetzigen wilden Streiks Selbstmord und Wahnsinn. Wie kommt es, daß trotzdem die Spartakisten einen solchen unheilvollen Einfluß ausüben können? Auf diese Frage geht die „Bergwerks-Ztg.“ nicht ein, und doch läßt sie sich mit dem einen Satz beantworten: „Weil die Werksbesitzer bis zur Revolution die gewerkschaftliche und politische Schulung mit allen Mitteln erschwert und unterbunden und die Bergarbeiter nicht als gleichberechtigte Vertragskontrahenten, sondern als Untergebene behandelt haben!“ Daraus war alles eingestuft. Soweit es ihnen möglich war, ließen die Werksbesitzer nur ihre Macht als Recht gelten. Das alles rächt sich jetzt. Durch die getroffenen Vereinbarungen kann natürlich nicht über Nacht gutgemacht werden, was in Jahrzehnten verdorben wurde. Das System, das auf die einseitige Macht der Werksbesitzer eingestellt war, läßt sich nicht reibungslos umstellen. Ein Gefühl der Erbitterung über alles, was sie bisher ertragen haben, zittert bei allen Bergarbeitern ohne Ausnahme nach. So kommt es zum andern. Es kann daher nicht überbarrchen, wenn sich die gewerkschaftlich und politisch ungeschulten Bergarbeiter jetzt so leicht zu wilden Streiks hinreißen lassen. Die Werksbesitzer ernten, was sie gesät haben.

Dieses Hué weist ferner in der „Bergarbeiter-Ztg.“ darauf hin, daß noch immer eine große Anzahl von Berufsleistungen den Vertretern der Bergarbeiterverbände die Kontrolle der Organisationszugehörigkeit der Belegschaftsmitglieder verweigert. Weiter beschweren sich die Arbeiter darüber, daß die Abmachungen über die Lohnerhöhungen vielfach nicht eingehalten würden. Hué fordert deshalb eine regelmäßige Kontrolle der Entlohnung und namentlich der Bedingnisse auf den einzelnen Zechen.

× **Eine Verordnung über Wiedereinstellung der Kriegsteilnehmer** ist vom Staatssekretär des Reichsams für die wirtschaftliche Demobilisierung erlassen. Danach soll in Streitfällen zwischen gewerblichen Arbeitnehmern und Arbeitgebern, soweit es sich um Zahl und Auswahl der in einem Betrieb einzustellenden Kriegsteilnehmer und der weiterzubeschäftigenden Arbeiter sowie um die Festsetzung der Arbeitslöhne handelt, durch Schlichtungsausschüsse verhandelt und nötigenfalls durch Schiedspruch eine Entscheidung herbeigeführt werden. Eine ähnliche Verordnung soll in nächster Zeit für die Angestellten erlassen werden.

× **Der Wiedereintritt der entlassenen Kriegsteilnehmer in die Krankenkasse.** Durch die Gesetzgebung und Rechtsprechung ist die Krankenversicherung in weitgehendem Maße den Bedürfnissen der Kriegsteilnehmer angepaßt worden. So hatten sie das Recht, nach der Einberufung zum Wehrdienst freiwillige Mitglieder ihrer Krankenkasse zu bleiben und solchenfalls bei Krankheit, Verwundung usw. die Kassenleistungen, wie z. B. Krankengeld, zu beziehen. Leider ist von diesen Möglichkeiten nur geringer Gebrauch gemacht worden. Für die gegenwärtige Demobilisierung bedeutungsvoll ist die Bundesratsverordnung vom 28. Januar 1915. Nach dieser können alle aus dem Wehrdienst Entlassenen, die wegen des Eintritts in den Kriegsdienst ihre Kassenmitgliedschaft haben erlöschen lassen, binnen sechs Wochen nach der Rückkehr in die Heimat wieder in die Krankenkasse eintreten, auch wenn sie eine versicherungspflichtige Beschäftigung nicht aufnehmen. Soldatenfalls sind sie als freiwillige Mitglieder zu behandeln. Die Krankenkassen sind nicht berechtigt, diesen Wiedereintritt in die Kasse von einer ärztlichen Untersuchung abhängig zu machen. Somit ist der Beitritt auch Kranken und selbst erwerbsunfähigen Entlassenen gestattet. Sie haben sogar Anspruch auf die vollen Kassenleistungen für derartige Unterstufungsfälle, die bei dem Wiedereintritt bereits vorhanden waren — so bestimmt die Bundesratsverordnung vom 16. November 1916.

Der freiwillige Beitritt binnen sechs Wochen nach der Rückkehr in die Heimat steht auch solchen Kriegsteilnehmern offen, die schon vor Friedensschluß wegen Verwundung oder Erkrankung als dienstuntauglich oder aus sonstigen Gründen entlassen wurden.

Manche Krankenkassen haben von der gesetzlichen Möglichkeit Gebrauch gemacht, einzelne Mehrleistungen, wie z. B. Familienhilfe, nur dann zu gewähren, wenn eine bestimmte Wartezeit erfüllt ist, d. h. wenn die Mitgliedschaft schon eine gewisse längere Zeit hindurch bestanden hat. Solche Entlassenen, die diese Wartezeit vor Beginn der militärischen Dienstleistungen schon erfüllt hatten, brauchen sie nach Rückkehr in die Heimat nicht nochmals zurückzulegen. Sie treten sofort wieder in ihre alten Rechte ein. War die Wartezeit vorher erst teilweise erfüllt, so wird diese Zeit auf die neue Mitgliedschaft angerechnet, d. h. es ist nur noch der fehlende Rest nachzuholen, und zwar auch dann, wenn der Entlassene Mitglied einer anderen Kasse wird.

**Adressenänderungen.**

Adressen der Bevollmächtigten und der Kassierer.  
B. = Bevollmächtigter. K. = Kassierer.  
Esslingen i. Wtbg. B. Hans Sohner, Bohnengasse 4. K. Hans Trion, Hofenstraße 30.  
Pforzheim. B. Fr. P. Mann, Schulze-Dehlfisch-Straße 10. K. E. Scheytt, Gymnasiumstraße 24 (Buchbinder-Verband).  
Kassel. B. H. Kraushaar, Mönchebergstr. 12 1/2, IV. K. S. Rößberg, Grüner Weg 49 II.

**Zahlstelle Berlin.**  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unsere Kollegin  
**Frau Emma Teubert**  
plötzlich am 24. Dezember 1918 gestorben ist.  
Ehre Ihrem Andenken!  
Die Ortsverwaltung.

Unsere lieben Kolleginnen  
**Margarete Grohmann**  
und  
**Gertrud Schilling**  
zur Verlobung die herzlichsten Glückwünsche!  
Zahlstelle Zwickau.

Unsere lieben Kollegin  
**Ulma Imrecke**  
die herzlichsten Glückwünsche zur Verlobung!  
Die Kolleginnen und Kollegen der Firma C. und Lach u. Co. Bielefeld.

Suche für meinen Sohn, der bereits 2 Jahre die Buchbindererlernte, einen passenden Platz  
**zum Weiterlernen.**  
Er mußte seinen Platz wegen Eintritts zum Militär aufgeben, und sein früherer Meister ist inzwischen gestorben.  
**Carl Manzel, Bad Oldesloe.**

**Klebstoff**  
weiß, Leigform, bezugscheinfrei, für Buchbinderzwecke offeriert  
**Curt Heinrich**  
Chemnitz-G.  
Telephon 4373.

**Dextrin Ia**  
Pfund 6,50 Mk. hat abzugeben  
Drogerie K. Bachnick,  
Berlin SO., Skaltzer Straße 29a.  
**300 Kilo Buchbinderleim** (gebrauchsfestig) verkauft Knoche, Berlin, Stromstraße 68.

**Deutschlands Industrien und Deutschlands Handel**  
leben nur noch mit  
**Wiril Klebstoffen**  
(D. R. P. a.)  
**Glänzende Begutachtungen.**  
Lieferanten für Heeresverwaltungen, Behörden, Rüstungs- und kriegswichtige Betriebe etc. etc.  
Muster mit Angabe der Verwendungsart von 5 Kg. gern zu Diensten.  
**Chemisch-technische Werke Willibald Richter**  
Leipzig, Querstrasse 4-6, Telephon 3049.  
Telegramm-Adresso: Wirilwerke.

**5 Rollen Hanfgarn**  
à 250 gr preiswert abzugeben. Preisangebot T. B. 5936 Rudolf Mosse, Berlin SW 19.  
**Schneid.** weißbuchen, empf. J. Gabel, Eiberfeld, Gesundheitsstr. 74

**Anzeigen**  
finden nur Aufnahme, wenn Betrag vorher eingesandt ist!